

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 28.11.2017

BLGS sieht Pilotprojekt Altenpflegehilfe skeptisch

Am 1. August 2018 startet ein bayerisches Pilotprojekt, in dem türkische Frauen ohne Schulabschluss in einem speziellen Ausbildungsgang zu Altenpflegehelferinnen ausgebildet werden sollen. Als Zugangsvoraussetzungen genügen rudimentäre deutsche Sprachkenntnisse sowie mehrjährige Erfahrung in eigener Haushaltsführung und Kinderbetreuung bzw. Pflege von Angehörigen. Die zweijährige Ausbildung beinhaltet auch allgemeinbildende Fächer und soll zu zwei Abschlüssen führen: Mittelschulabschluss und Staatlich geprüfte Pflegefachhelferin in der Altenpflege.

Erklärtes Ziel von Kerstin Schreyer, der Integrationsbeauftragten der bayerischen Staatsregierung und Initiatorin des Projekts ist es, „die Potenziale von Frauen mit türkischem Migrationshintergrund, die nach der Erziehung ihrer Kinder berufstätig werden möchten, zu entfalten“, um sie vor drohender Altersarmut zu schützen und dem Fachkräftemangel in der Pflege entgegenzuwirken. Kai Kasri vom Bundesverband privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) begrüßt das Projekt vor dem Hintergrund des Personalmangels in der Pflege.

Ein solches Vorhaben wird allerdings keinen nennenswerten Beitrag zur Reduzierung des Pflegenotstands leisten, der in erster Linie in einem dramatischen Mangel an professionell ausgebildeten Pflegefachkräften besteht. Diese eigentliche Versorgungslücke kann weder heute noch morgen mit weiterem unzulänglich ausgebildeten Hilfs- und Assistenzpersonal kompensiert werden, so die stellvertretende Vorsitzende des Bundesverbands Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe e.V. Christine Vogler in Berlin. Gleiches gilt für das Problem der Altersarmut: Ein verspäteter Einstieg in den Arbeitsmarkt mit einer schlecht bezahlten Hilfstätigkeit ermöglicht keine auskömmliche Rente. Damit fügt sich das Projekt in eine Reihe ähnlicher Aktionen bildungs- und arbeitsmarktpolitischer Flickschusterei, mit denen die anhaltenden politischen Fehlentwicklungen notdürftig verdeckt werden sollen.

Solche Modelle mögen einigen wenigen Frauen zu einem nachträglichen Bildungsschub, zu einer späten, begrenzten Teilhabe im System Erwerbsarbeit und auch zu mehr Anerkennung und Selbstbewusstsein verhelfen. Damit ist zwar ein Anfang gemacht und dies könnte sich im Einzelfall sogar als biografischer Glücksfall erweisen. An der systematischen Benachteiligung von Migrantinnen im Bildungssystem und am Arbeitsmarkt, an wachsender Altersarmut und am Pflegenotstand wird sich dadurch freilich nichts ändern. Gleichberechtigung und Integration bedeuten vielmehr, benachteiligten Menschen möglichst frühzeitig den Zugang zum regulären Bildungssystem zu erleichtern und eine freie Berufswahl gemäß ihrer Neigungen und Fähigkeiten zu ermöglichen. Davon sind wir leider immer noch weit entfernt.

Der Bundesverband Lehrende Gesundheits- und Sozialberufe (BLGS) e.V. vertritt die Interessen der Lehrenden und der Bildungseinrichtungen im Gesundheits- und Sozialwesen. Er ist Ansprechpartner in allen Bildungsangelegenheiten der Gesundheits- und Sozialberufe im Bereich der theoretischen und der praktischen Aus-, Fort- und Weiterbildung. Der BLGS engagiert sich in fachlichen, pädagogisch-didaktischen Feldern, in der Mitgestaltung bildungspolitischer Prozesse sowie in der Bildungsentwicklung und im Bildungsmanagement. Der BLGS ist Ratsmitglied im Deutschen Pflegerat (DPR) und Trägerverband des Deutschen Bildungsrats für Pflegeberufe (DBR).

Alt-Moabit 91
10559 Berlin
Telefon: 0 30 / 39 40 53 80
Email: info@blgs-ev.de
Web: www.blgs-ev.de



Vorsitzender: Carsten Drude
Amtsgericht Charlottenburg VR 31906 B
Bank im Bistum Essen
IBAN: DE27360602950030381017
BIC: GENODED1BBE